

Riesner & Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphische
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Samstagsheft
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 41.

Montag, 19. Februar 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kastanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herm. Schmidt in Riesa.

Im Saale des Gasthofs zum „Kronprinz“ hier kommen
Freitag, den 23. Februar 1894,
von Vormittags 9 Uhr an,

verschiedene Waaren, als: Kaffeezusatz, Zucker, Streichhölzer, Tabak, Wäpfe, Gewürze, Holzschuhe und Polypantoffel, Tabakpfeifen, Portemonnaies, Tinte, Messer und Gabeln, Cigarrenetuis, Seidenträger, Bürsten, 30 Vorlegeblätter, sowie eine Tafelwaage mit Gewichten, 1 Petroleum-

Apparat, 1 Kglampe, 1 Hohlzylinder, 2 Hohlzylinder, 1 Tafel, 7 Rohrstühle, 1 Blechschiff, 2 Wasserkannen, 26 Biergläser, 64 Flaschen Sodawasser, 1 Kleiderschrank, 1 Sofa, 1 Petroleumpumpe u. s. m. gegen sofortige Bezahlung meistbietend zur Versteigerung.
Riesa, 19. Februar 1894.

Der Ger.-Vollz. des Kgl. Amtsger.
Sekt. Widm.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Die Sitzung der Bundesraths-Anschüsse, in der über den Handelsvertrag mit Rußland beraten werden sollte, ist vom Freitag auf heute Montag Vormittag verschoben worden, weil noch nicht alle Bundesrathsmitglieder ihre Instruktionen erhalten haben. Unmittelbar an die Ausschusssitzung wird sich sodann die Plenarsitzung anschließen, sodas der Vertrag noch heute Montag dem Reichstag zugehen wird. Die erste Lesung im Reichstage dürfte demgemäß am Montag den 26. Februar stattfinden. Die endgültigen Abstimmungen in der zweiten und dritten Lesung dürften in die Zeit vom 10. bis 15. März fallen.

Zum deutsch-russischen Handels-Vertrag finden die Artikel 1 und 2 allseitigen Beifall, welche die Rechtsverhältnisse der Staatsangehörigen beider Länder zu einander regeln. Es sollen dem Deutschen in Rußland bei dauernder oder zeitweiliger Niederlassung dieselben Rechte, Privilegien, Freiheiten, Begünstigungen und Befreiungen bewilligt werden, wie „den Angehörigen des meistbegünstigten Landes“. Für uns ist diese Regelung so nun von besonderer Wichtigkeit mit Rücksicht auf den Grunderwerb sowie im Handel und Gewerbebetrieb, und so können wir denn den Samen des „Verk. Tagebl.“ würdigen, welches auf Grund einer Mittheilung von „gut unterrichteter Seite“ feststellen muß, das der Paragraph 1 die jetzt in Rußland geltenden Beschränkungen der Juden nicht aufheben wird, wie man allerseits im ersten Augenblick angenommen habe. Wenn dann aber das Blatt der Ansicht Ausdruck giebt, die deutsche Reichsregierung hätte Alles versucht, um bei der Festsetzung des Handelsvertrages eine Verringerung der jetzigen Rechtsverhältnisse der Juden in Rußland zu erwirken, und nur an der „ureigenen Initiative des Jaren“ seien diese Bemühungen gescheitert und weitere darauf bezügliche Verhandlungen als zwecklos aufgegeben worden, so steht das Blatt wohl bedeutend über das Ziel hinaus, wenn man es nicht mit einem offiziellen Versuch, den Juden die bittere Pille zu verjähren, zu thun hat. Jedenfalls aber sind Kenner der russischen Verhältnisse wohl keinen Augenblick im Zweifel gewesen, das Rußland, welches in letzter Zeit jüdischer Ausbeutung nach Möglichkeit entgegenzutreten bemüht war, nicht einen Handelsvertrag abschließen wird, um neue Angehörige der internationalen Seite heranzuziehen um ihnen die Früchte in den Schooß zu werfen. Ob sich hiernach nicht noch der Enthusiasmus der jüdischen Geschäftswelt für den Handelsvertrag etwas abkühlen wird, bleibt abzuwarten.

Der in Vorbereitung begriffene neue Weinsteuervergesetzentwurf (Flaschensteuer) geht, wie die „N. Korr.“ schreibt, davon aus, das eine Verbrauchssteuer von dem zum Konsum bestimmten Wein in Flaschen zum Preise von einer Mark und mehr für die Flasche erhoben werden soll. Die Erhebung soll durch Stempelbänder erfolgen, welche, weil über dem Kork angebracht, bei der Öffnung der Flasche zerstört werden.

Wie bestimmt verlautet, hat der Kaiser dem Abg. von Rodiciest zugestimmt, demnachst bei ihm zu speisen.

Die Mittheilungen von einem möglichen Ausgleich mit dem Herzog von Cumberland sind von der „Nat.-Ztg.“ für haltlose Ausstellungen erklärt worden; in der Sache sei gar nichts geschehen. Die „Braunschweig. Landesztg.“ steht indessen diese Bemerkung nicht ruhig ein, sondern meint, die „Nat.-Ztg.“ bestreite entschieden zu viel. Antlich sei allerdings nichts geschehen und werde auch in der Folge nichts geschehen. Das Blatt fährt dann fort: „Man hat durch private Personen auf Umwegen dem Herzog von Cumberland zu bedenken gegeben, das, wenn er seinem Hause die Thronfolge erhalten wolle, von ihm der erste Schritt ausgehen müsse und das ihm zum letzten Male die Gelegenheit geboten sein werde, diese Angelegenheit im Sinne der Interessen seines Hauses zu regeln. Wenn nun nach der Versicherung der „Nat.-Ztg.“ „nichts geschehen“ ist, so beweist dies nur,

das der Herzog von Cumberland sich bis jetzt nicht dazu hat entschließen können, diesen Wink, der ihm in wohneinander Absicht erteilt wurde, zu benutzen. So und nicht anders steht die Sache.“ Da der Landtag von Braunschweig in nächster Zeit zusammentritt, so wird die Angelegenheit dort wohl zur Sprache gebracht werden.

Unter Vorsitz Sr. Maj. des Kaisers fand gestern Mittag ein Kronrath statt, dem auch der Staatssekretär Freiherr von Marschall beizuhnte.

Gestern wurde in Berlin eine Versammlung von Vertretern der deutschen Industrie und Gewerbetätigkeit unter dem Vorsitz des Generaldirektors Köpcke-Berlin abgehalten, an welcher 2000 Industrielle und Gewerbetreibende aus ganz Deutschland theilnahmen. Nach eingehenden Referaten von Köpcke-Berlin, Henneberg-Berlin, von Pfister-Würden und Kollmann-Bismarckhöhe nahm die Versammlung eine Resolution an, in welcher die Begünstigung darüber ausgesprochen wird, das es der deutschen Reichsregierung gelungen ist, ein seit Jahrzehnten vergeblich angestrebtes Zollbündnis mit Rußland zum Abschluß zu bringen.

Der Vorstand des Vereins „Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“ nahm gestern nach dem Referat des Generalsekretärs Bueck, in welchem derselbe die Vortheile des deutsch-russischen Handelsvertrages für die Eisenindustrie eingehend darlegte, einstimmig eine Resolution an, in welcher die unvermeidliche Erwartung ausgesprochen wird, das der Reichstag dem Handelsvertrag zustimmen werde.

Dem Vernehmen nach trifft Sr. Maj. der Kaiser am Montag Nachmittag um 5 Uhr 57 Min. in Friedrichshagen ein und reist kurz nach 9 Uhr nach Hamburg weiter, wo die Ankunft abends 10 Uhr 24 Min. erfolgt. Von dort setzt Sr. Majestät vom Französischen Bahnhof aus um 10 Uhr 30 Min. die Reise fort und kommt am Dienstag früh 7 Uhr 20 Min. in Bremen an; 7 Uhr 24 Min. erfolgt die Fahrt nach Oldenburg, woselbst die Ankunft um 8 1/2 Uhr stattfindet. Nach zweitägigem Aufenthalt in Oldenburg wird die Reise fortgesetzt. Um 11 1/2 Uhr mittags trifft Sr. Majestät in Wilhelmshaven ein.

Der Bund der Landwirthe hielt gestern Nachmittag im „Reenpalast“ Berlin seine Generalversammlung. Anwesend waren etwa 8000 Mitglieder. Der Abgeordnete von Plog hielt die Begrüßungsansprache, darin betonend, es gelte Protest zu erheben gegen den russischen Handelsvertrag, und schloß mit einem Hoch auf den Kaiser. Sodann wurde ein Antrag Köpcke angenommen, das jedes Bundesmitglied der christlichen Religion angehören müsse. Der Abgeordnete Kay sprach sich ebenfalls gegen den Handelsvertrag aus. Die Versammlung nahm hierauf eine Resolution an, worin der Reichstag ersucht wird, dem Handelsvertrag mit Rußland seine Genehmigung zu verjagen.

Vom Reichstag. Der Reichstag setzte am Sonntagabend die Berathung des Kolonialgesetzes fort. Abg. Richter (fr. Sp.) erklärte, gerade den Kolonialbeamten gegenüber müsse die parlamentarische Kritik geübt werden. Die Kritik solle das ganze System treffen. Der Gouverneur Brodem schiene aus Dar-es-Salaam ein kleines Potsdam machen zu wollen. Der Gouverneur Scheele sei mehr auf militärische Erfolge als auf Erfolge in der Verwaltung bedacht. In Afrika blühe der Asefforismus. Nachdem Suisbar den Engländern überlassen sei, sollte man die Kolonien in Ostafrika aufgeben und sich auf den Norden beschränken. Abg. Haffe (natl.) erwartet vom Reichskanzler keine koloniale Schwärmeret, wünschte aber, das sich der Reichskanzler bei den Verhandlungen mit dem Auslande nicht vom Auslande drängen lasse. Redner befürwortete eine bessere wirtschaftliche Vorbildung der Kolonialbeamten und die Stärkung des kaufmännischen Elementes in der Verwaltung. Wir verlangen keine Ausgaben für die Kolonien, wollen vielmehr dort ein großes deutsches Wirtschaftsgebiet gründen. Reichskanzler Graf von Caprivi: Ich habe diejenige Wärme für die Kolonien, welche mein Amt mir zur Pflicht macht

und die das Gedeihen der Kolonien fordert. Die Regierung will die Kolonien festhalten, was vorläufig nur möglich ist durch militärische Kräfte. Eine gewisse Mischung von Asefforismus und Militarismus muß vorhanden sein. Der Vorredner stellte dem Major Wismann ein glänzendes militärisches Zeugnis aus; allein an dem fehlenden Zusatz von Bureaokratismus bei Wismann werden wir noch einige Jahre zu leiden haben. Die Kommission des Hauses wird später noch mit den Folgen davon zu thun bekommen. (Hört, hört! links.) Bei den damaligen Verhältnissen war eine geordnete Verwaltung nicht möglich; es wurde ziemlich lose mit dem Gelde umgegangen. (Hört, hört! links.) Das Kalkulatorpersonal kann die Bearbeitung der Wismannschen Rechnungen kaum bewältigen. Die Zulassung des kaufmännischen Elements in der Verwaltung ist wünschenswerth; aber wenig Kaufleute von Begabung und Mitteln sind geneigt, nach den Kolonien zu gehen. Sie wissen, die Förderung der Kolonien kann nicht nach einem Schema gemacht werden, da die Kolonien zu verschiedenartig sind. Der Reichskanzler reistfertigte die Expeditionen des Gouverneurs Scheele und des Majors von Francois. Letzterer besitzt in Südafrika mehr Erfahrungen als jeder andere. Mißerfolge in den Kolonien kommen bei allen Staaten vor. Wir haben nicht das Recht, unsere Führer deswegen zu beschuldigen. Abg. Dr. Lieber (Zentr.): Wir werden uns durch Mißerfolge keineswegs entmutigen lassen, ebenso wenig, wie es einem einfällt, wegen des Unglücks auf dem Panzerschiff „Brandenburg“ die Abschaffung der Marine zu verlangen. Der Reichskanzler möge seine Zusage bezüglich der Unterstützung der Väter vom heiligen Geist recht bald ausführen. Abg. Bebel (Soz.) suchte die Darlegungen des Reichskanzlers zu widerlegen. Das Zentrum bewilligte Alles mit Rücksicht auf die Missionen; aber das Geld brauchen wir nöthiger für kulturelle Zwecke in Deutschland. Ganz Afrika sollten wir an England verkaufen und verschicken. Abgeordneter Dr. Hamacher (natl.) legte dar, Ostafrika biete eine günstige Gelegenheit für die Plantagenkultur. Bei den Kolonial-Beamten komme es auf die Person an, gleichgültig, ob der Betreffende aus der Militär- oder Verwaltungskarriere stamme. Sentimentale Naturen eignen sich nicht zur Verwaltung der Kolonien. Dem Major Francois sei es nicht gelungen, die deutschen Interessen in Südwestafrika kräftig wahrzunehmen. Abg. Dr. Lieber protestirte lebhaft gegen die Art, wie Abg. Bebel von der kulturellen Thätigkeit des Christenthums gesprochen habe. Abg. v. Staudy (Konf.) erklärte, die Kolonialpolitik sei notwendig. Er wünschte kaufmännische Ausbildung der Beamten. Abgeord. Bebel meinte, mit dem Christenthum wolle man nur in Ostafrika Geschäfte machen. Abg. Lieber wies darauf hin, das Abg. Bebel für die Pariser Kommune eingetreten sei. Mit einem solchen Manne könne man nicht streiten. Der Etat für Ostafrika wurde hierauf gemäß den Kommissionsanträgen bewilligt.

Amerika. Eigentlich jede Post aus Rio de Janeiro belastet jetzt das Konto der brasilianischen Regierung mit Unglücksnachrichten, denen keinerlei Ausgleich in Gestalt eines Erfolges über die Insurgenten gegenübersteht. Nach den Meldungen der letzten Tage muß man annehmen, das Rio vielleicht schon bald zwischen zwei Feuer gerathen wird, wenn nämlich die in Gilmarischen auf Rio heranrückende Süd-Armee der Insurgenten mit der vor Rio ankommenden Flotte gemeinsam vorgehen wird. Das in Rio die Lage immer freier wird, erhellt aus der Meldung, das der Belagerungszustand um 60 Tage verlängert ist.

Deutsches und Sächsisches.

Riesa, 19. Februar 1894.

— Gestern erfolgte hier unter Betheiligung des Landesgroßmeisters und der übrigen Großbeamten der Großen Landesloge von Sachsen und der Vertreter vieler auswärtiger